



Weniger Blutspenden wegen Coronavirus

Die Lage in NRW wegen des Coronavirus hat Auswirkungen auf die Blutspendebereitschaft. So verzeichne die Uniklinik Bonn einen Einbruch bei den Blutspenden. Im Vergleich zum Vorjahr kamen nach Karneval 30 Prozent weniger Spender zum Blutspendedienst. „Gerade jetzt in Zeiten der Grippewelle, grasierender Erkältungen und der Coronavirus-Erkrankung benötigen wir dringend Blutspenden, damit unsere Patienten auf dem Venusberg-Campus und in den umliegenden Krankenhäusern weiterhin sicher behandelt werden können“, sagt Johannes Oldenburg, Direktor des Instituts für Experimentelle Hämatologie und Transfusionsmedizin an der Uniklinik Bonn. Weitere Informationen im Internet. (red) www.ukbonn.de

Alanus-Hochschule wählt Pieper zum Rektor

Der Senat der Alanus-Hochschule für Kunst und Gesellschaft in Alter hat den Philosophieprofessor Hans-Joachim Pieper als Rektor bestätigt. Pieper hatte seit November 2018 das Amt kommissarisch inne; er ist seit 2016 Professor an der Alanus-Hochschule. Pieper promovierte in Bonn 1991 mit einer Untersuchung zur Grundlegung der transzendentalen Phänomenologie Edmund Husserls. 1999 folgte seine Habilitation über die transzendentalphilosophische Ästhetik bei Kant und einen Entwurf zur Phänomenologie der ästhetischen Erfahrung. Pieper war von 2005 bis 2016 außerplanmäßiger Professor der Universität Bonn und hatte verschiedene Lehraufträge an der Alanus-Hochschule, der Uni Bonn und der Hochschule Bonn/Rhein-Sieg inne. Seit dem Jahr 2012 ist er als wissenschaftlicher Gutachter für das Schulministerium Nordrhein-Westfalen tätig. (red)



Hans-Joachim Pieper

„Die Schere geht weiter auseinander“

Moritz Schularick über seine neue Studie zu dem Thema Ungleichheit der Vermögen in Deutschland

Herr Schularick, Sie haben in Ihrer Studie herausgefunden, dass die reichsten 50 Prozent der Deutschen ihr Vermögen seit der Wiedervereinigung verdoppelt haben. Wie erklären Sie sich diese Zuwächse? An der Spitze war es sogar noch ein bisschen mehr. Der wichtigste Grund dafür sind steigende Vermögen bei Immobilien und den Aktien.

Laut dem Deutschen Institut für Wirtschaft besitzen die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung etwa die Hälfte des Vermögens, die ärmste Hälfte besitzt fast nichts. Ihrer Studie zufolge haben die Ärmern sogar noch an Vermögen verloren.

Der Anteil, der den unteren 10 Prozent gehört, hat sich seit der Wiedervereinigung fast halbiert. Die Zahlen sind ohnehin schon gering. Den unteren 50 Prozent gehörten in den 1990er Jahren gut fünf Prozent des Vermögens. Dieser Anteil hat sich seit 1990 noch mal halbiert. In Zahlen ausgedrückt heißt das: Ein Haushalt aus den oberen zehn Prozent war 50-mal reicher als einer aus den unteren 50 Prozent. Das hat sich verdoppelt. Heute ist er 100-mal reicher.

Wie gerecht geht es in Deutschland zu?

Wir zeigen in unserer Studie, dass die ärmere Hälfte kaum von der Steigerung an den Immobilien- und Aktienmärkten profitiert hat. Wir müssen akut darüber nachdenken, wie die untere Hälfte wieder zu Vermögenswachstum kommt. Das ist eine Aufgabe, die gesellschaftlich geboten ist. Unsere Studie ist zum ersten Mal ein starker und empirischer Befund, dass es in Deutschland eine zunehmende Spreizung der Vermögen gibt. Die Schere geht weiter auseinander. Das hat Auswirkungen auf die politische Situation, wenn man zum Beispiel an den Populismus in Form extremer Parteien denkt. Es gibt einen ökonomischen und sozialen Hintergrund, auf dem diese Phänomene in den letzten Jahren wuchsen.

Deutschland gilt als eines der Länder, in denen ein sozialer Aufstieg besonders schwierig ist. Fördert dies Resignation

bis Unmut in der Bevölkerung?

Das ist ein Punkt, über den man mehr nachdenken muss. Bis zu unserer Studie gab es nur unzureichende Anzeichen, dass die Ungleichheit in Deutschland wächst. Der Mittelschicht und der oberen Mittelschicht ist es in den letzten 25 Jahren sehr gut gegangen, weil sie viele Immobilien besitzen. Und die Immobilienpreise sind extrem gestiegen. Den wirklich Reichen ist es extrem gut gegangen, weil die Unternehmensgewinne sprudelten. Die, die ihr Geld auf den Sparkonten hatten, weil sie sich keine Aktien oder Immobilien leisten konnten, deren Geld ist in den letzten 25 Jahren nicht mehr geworden.

Der Ökonom Thomas Piketty hat Ihre Studie kommentiert und sagt: Die große Konzentration von Reichtum und wirtschaftlicher Macht an der Spitze sollten Deutschland und Europa insgesamt Sorgen bereiten. Hat er recht?

Das ist eine große Frage, die ich mit einem bedingtem Ja beantworten würde. Unsere Studie zeigt, dass wir auf einem Pfad sind, der nicht sozial nachhaltig ist. Eine Situation, in der die Wachstumsraten der Vermögen in der oberen Hälfte dauerhaft höher sind als die der anderen, führt zu einer sozialen Spreizung. Irgendwann wird sie von der unteren Hälfte nicht mehr toleriert werden. Niemand weiß aber genau, wo die Sollbruchstelle einer Gesellschaft verläuft, wenn es um Fragen der Ungleichheit geht. Wie viel Ungleichheit sind wir bereit zu tolerieren, ohne uns zu beschweren, die AfD zu wählen oder anderen Blödsinn zu machen? Das ist eine Frage, die jede Gesellschaft



„Ich habe die Riester-Rente bis heute nicht verstanden, und ich bin VWL-Professor“

Moritz Schularick, Exzellenzcluster Uni Köln und Uni Bonn

schafft und jede Zeit neu verhandeln muss. Ich denke, wir sehen im Zuge der Coronakrise, wie wichtig die Rolle einer Supermarktverkäuferin oder einer Krankenschwester ist. Es sind immer die Zeiten der Krisen, der Kriege, der Epidemien, wo man zu einer neuen Einschätzung der gesellschaftlicher Solidarität kommt.

Sie haben die Vermögen von 1895 bis 2018 analysiert. Wie haben sich die Vermögensunterschiede historisch entwickelt?

Die Vermögen, wir sprechen von dem obersten ein Prozent, waren im Kaiserreich extrem konzentriert. Es war die Zeit der Krupps, der Thyssens und der wenigen großen Industriefamilien, die extreme Vermögen angehäuften. Dann gibt es eine Generation, zwischen dem Ersten Weltkrieg und dem Ende des Zweiten Weltkriegs, in der sich die Vermögen der Reichen halbiert haben. Das reichste Prozent besaß nicht mehr 50, sondern nur noch 25 Prozent. Ungefähr bei dieser Marke ist es seitdem auch geblieben. Das muss man sich vergegenwärtigen: Einem Prozent der Haushalte gehören 25 Prozent der Vermögen in Deutschland. Seit der Wiedervereinigung hat sich der Wert nur ein bisschen erhöht.

Haben Sie eine Lösung? Der Staat muss zum Beispiel Finanzprodukte anbieten, die dieses Preisrisiko absichern, aber gleichzeitig ärmeren Haushalten Zugang zu Vermögenszuwächsen ermöglichen.

Wären Sie für eine Vermögenssteuer? Da gibt es Fragezeichen in viele Richtungen. Werden weniger Unternehmer aktiv, transferieren sie Geld ins Ausland? Was machen wir mit dem Geld? Auf der anderen Seite muss man Folgendes auch bedenken: Bei den Vermögen reden wir über Steuern von vielleicht zwei Prozent pro Jahr für Menschen, die zwei Millionen Euro oder mehr haben. Bestehendes Vermögen wie eine Immobilie wirft jedes Jahr Erträge ab in Form von Mieten und wird darüber hinaus auch wertvoller wegen der höheren Nachfrage. Wir haben in unserer Studie ausgerechnet, dass die langfristigen Renditen aus Vermögen in Deutschland bei acht Prozent pro Jahr liegen. Das heißt: Jeder der Vermögen hat, wird jedes Jahr um acht Prozent reicher. Bei einer Vermögenssteuer von zwei Prozent können die meisten das aus den Vermögenszuwächsen gut bezahlen. Man würde nicht die Substanz besteuern, sondern die Erträge.

Sozialer Zusammenhalt kann nur gelingen, wenn alle am Wachstum und Erfolg unserer Gesellschaft teilhaben, sagte Olaf Scholz zu Ihrer Studie. Welche Maßnahmen muss er treffen, damit das gelingt?

Wir müssen mehr für den Vermögensaufbau der unteren 50 Prozent tun. Es gab mit der Riester-Rente mal einen Ansatz. Das ist schiefgegangen, weil es zu

dem „Quarterly Journal of Economics“ und dem „Journal of Political Economy“ erschienen. Er berät regelmäßig Zentralbanken, Finanzministerien, Investoren und internationale Organisationen. Im Jahr 2018 erhielt er den Gossen-Preis des Vereins für Socialpolitik, die wichtigste Auszeichnung deutscher Volkswirte. (red)

ZUR PERSON

Moritz Schularick ist Direktor des Macro-Finance Labs und Professor für Makroökonomie an der Universität Bonn, Mitglied des Exzellenzclusters Ecotribute der Unis Köln und Bonn sowie Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Er ist zudem Forschungsprofessor an der New York University und hatte im Jahr

2016 die Alfred-Grosser-Professur at Sciences Po in Paris inne. In seiner Forschung beschäftigt er sich mit Finanzmärkten und Vermögenspreisen, Fragen der monetären Makroökonomie und den Ursachen von Finanzkrisen und ökonomischer Ungleichheit.

Seine Aufsätze sind in wie der „American Economic Review“,

Das Gespräch führte Dirk Riße

SO ERREICHEN SIE UNS

Redaktion Hochschule:
0221/224 2514
ksta-hochschule@dumont.de